



Milhabader Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.50 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Bezugspreis monatlich 1.66 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtskasse Reutlingen Poststelle Wildbad. — Bankkonto: Enzthalbank G. & Co., Wildbad; Hochheimer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postfach 291 74 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamepreis 30 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Ausnahmestellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Remittenten oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlässigung weg. Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 85, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 191 Feuille 479 Mittwoch den 17. August 1932 Feuille 479 67. Jahrgang.

Gegen die Arbeitslosigkeit

Die Sitzung des Reichskabinetts am Montag beschäftigte sich gemäß dem Wunsch des Reichspräsidenten mit den Maßnahmen zur Wirtschaftsreform und insbesondere gegen die Arbeitslosigkeit. Ueber die Absichten der Reichsregierung erfährt man folgendes:

Die billigste aller Maßnahmen ist unzweifelhaft die Ausdehnung des Arbeitsdienstes, bei dem ja die Beschäftigten außerhalb der tariflichen Entlohnung stehen. Sollte sich der Uebergang von bis jetzt rund 85 000 Beschäftigten des freiwilligen Arbeitsdienstes auf 200 000 nicht aus neuen freiwilligen Angeboten ermöglchen lassen, so kann für die Reichsregierung in Betracht kommen, daß sie zunächst für wenige Altersklassen die Arbeitspflicht einführt, indem ihnen jegliche Arbeitslosenunterstützung entzogen wird. Man nimmt an, daß die Finanzierungsfrage hierbei keine überragende Rolle spielt. Es erscheint grundsätzlich möglich, den materiellen Wert der geleisteten Arbeit mit diskontfähigen Wechseln zu belegen. Der auf Unterhaltskosten und Taschengeld entfallende Betrag wird so gut wie vollständig aus ersparten Arbeitslosenrenten gedeckt werden können.

Die Arbeitsbeschaffung im engeren Sinn, das heißt, die Durchführung großer öffentlicher Arbeiten durch voll- und teilweilohnte Arbeitskräfte ist stärker als der Arbeitsdienst von der Finanzierung abhängig. Hier reichen die ersparten Arbeitslosenrenten nicht annähernd aus, um die erforderlichen Löhne zu zahlen. Die Reichsbank trägt schwerste Bedenken, den nicht auf Materiallieferung und Materialeinbau entfallenden Aufwand, also die reinen Arbeitslöhne, mit diskontfähigen Wechseln belegen zu lassen. Ein Ausgleich ließe sich vielleicht für einen verhältnismäßig geringen Betrag erzielen, dann aber wäre das praktische Ergebnis gering. Würde die Wechselbegebung erheblich ausgeweitet, so entstünden Gefahren für den deutschen Wechselkurs und die Notendeckung. Man wird annehmen dürfen, daß das Kabinett Papen auf Druckmittel gegenüber der Reichsbank verzichtet wird, die vielleicht von einem Kabinett Hitler ernstlich erwogen worden wären.

Die kostspieligste aller Maßnahmen zur Vinderung der Arbeitslosigkeit ist die Ausdehnung der Siedlungstätigkeit. Selbst wenn es gelänge, die verfügbaren Mittel zunächst nicht für Bodenerwerb zu verwenden, würde für jede einzelne Siedlerstelle ein sofortiger Aufwand von mindestens 5000 bis 6000 Mark erforderlich sein. Trotz dieser Aufwendungen würden die Siedler, die natürlich erst Ende des neuen Wirtschaftsjahrs (im Herbst 1933) eigene Erträge erzielen würden, ein Jahr lang aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden müssen.

Für Auftragserteilung an die Privatwirtschaft ist ein öffentlicher Kredit nicht vorhanden. Allenfalls könnten die Reichsbank und die Reichspost sowie eine Reihe städtischer Versorgungs- und Verkehrsunternehmungen die auf eine längere Zeit berechneten Aufträge vorverlegen. Damit würde aber nicht viel mehr erzielt als die Gewähr für einen gewissen Auftragsbestand. Jede vorzeitige Befriedigung künftigen Bedarfs hat einen Rückschlag in der Auftragserteilung späterer Zeiträume zur unausbleiblichen Folge. Auch ist den mit solchen Aufträgen bedachten Unternehmungen nicht damit gedient, daß man ihnen die Aufwendungen für die Erfüllung der Aufträge zumutet, die Bezahlung aber erst viel später in Aussicht stellt.

Eine Maßnahme übergeordneter Art wäre die Voderung der geltenden Tarifabmachungen. Die Gewerkschaften lehnen aber die Herausnahme ganzer Vollarbeitergruppen aus den Tarifverträgen ab. Die Frage ist die: Wie lassen sich die durch Tarifverträge errichteten Schranken bei Inangriffnahme neuer privatwirtschaftlicher Gütererzeugung so überwinden, daß die Einrichtung der Tarifverträge selbst erhalten bleibt. Hier könnte als Nothmaßnahme Vorkehrung getroffen werden, daß sich der Arbeitgeber und die Mehrheit einer Belegschaft über nichttarifmäßige Arbeitsbedingungen verständigen, daß also ein Abweichen von Tarifverträgen örtlich und zeitlich beschränkt und durch Mitwirkung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen rechtskräftig gemacht wird. Ueber diese Frage ist ein Einvernehmen im Kabinett noch nicht erzielt worden.

Alle Teilmaßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusammen werden nicht sofort mit eindrucksvollen Millionenzahlen aufwarten. Sie können nur mit der Einrichtung weniger Zehntausender oder Hunderttausender von Arbeitskräften in die Gütererzeugung beginnen und eröffnen allenfalls die Aussicht auf Steigerung in der Zukunft. Es wäre aber töricht, wenn man auf kleine Maßnahmen verzichten wollte, weil große Maßnahmen unmöglich sind. Es muß jedoch vor ver steigenden Plänen gewarnt werden. Wenn eine Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der Großbanken, noch eine Enteignung der landwirtschaftlichen Großbetriebe, noch auch der Versuch einer inneren Zwangsanleihe von 500 Millionen Mark werden das geringste zur Vinderung des Arbeitsloseneulds beitragen.

Tagespiegel

verschiedene Mitglieder der Verwaltung der Hindenburgspende fordern in einem Aufruf auf, zum 85. Geburtstag Hindenburgs die Spende für seine noleidenden Kriegskameraden durch neue Gaben zu stärken.

Die parlamentarischen Arbeiten im neuen Reichstag werden noch in dieser Woche ausgenommen. Die sozialdemokratische Fraktion hat ihre erste Fraktionsführung für Freitag, den 19. August, einberufen. Am Samstag findet eine Fraktionsführerbekämpfung statt, in der über die notwendige technische Amorganisaton im neuen Reichstag verhandelt wird. In erster Linie kommt es auf die Aenderung der Platzverteilung, auf die Neuregelung der Arbeitsräume für die in völlig veränderter Stärke wiederkehrenden Fraktionen usw. an.

Landtagspräsident Kerck soll seine Zustimmung gegeben haben, daß der preussische Landtag auf 25. August einberufen wird.

Die deutschnationale Fraktion des preussischen Landtags hat in einer Sitzung am Montag einstimmig sich dafür ausgesprochen, daß die Reichsregierung unterstützt werden müsse, wenn sie jetzt im Reich und in Preußen nach dem völligen Zusammenbruch des parlamentarischen Systems, und nachdem sich die Nationalsozialistische Arbeiterpartei der Mitarbeit verweigert, als wirkliches Präsidialkabinett unabhängig von den Parlamenten regieren wolle. Die Fraktion erwartet, daß in Preußen durch den Reichskommissar ein ordnungsmäßiges, mit nationalen Fachleuten besetztes Kabinett ernannt werde, daß die von der früheren preussischen Regierung lediglich aus parteipolitischen Beweggründen ernannten und beförderten Beamten weiter von ihren Ämtern befreit werden und durch willensstarke nationale Männer ersetzt werden, damit die nach dreizehnjähriger schwarzer Miswirtschaft notwendigen kulturellen und wirtschaftlichen Gesundungsmaßnahmen endlich durchgeführt werden können. Die Verordnung des Reichskommissars über die Zusammenlegung von Kreisen und Amtsgerichtsbezirken wurde einstimmig als völlig verfehlt bezeichnet.

Die Direktoren Pöffel und Dr. Lauffer sind aus dem Direktorium der Preußentasse abberufen worden. Die Ge-

schäftsführung dieser preussischen Zentralgenossenschaftsbank war von der Landwirtschaft schon seit Jahren beanstandet worden.

Der Berliner Gruppenführer der SA., Graf Helldorf, hat den Gruppen bis 28. August Urlaub gewährt. Von da an trete wieder Urlaubssperre ein.

Das Schnellgericht in Königsberg verurteilte zehn Kommunisten, die am 22. Juli nationalsozialistische Zeitungsverteiler mit Pfastersteinen und Latzen mißhandelt hatten, und zwar den Rädelsführer zu 1 Jahr, 3 Monaten Zuchthaus, einen anderen zu 1 Jahr Zuchthaus und acht zu Gefängnisstrafen.

Das Schnellgericht in Rostock verurteilte einen Reichsbannermann wegen schwerer Körperverletzung zu 10 Monaten Gefängnis und einen weiteren Reichsbannermann zu 9 Monaten. Die Angeklagten hatten am 7. August einen der nationalsozialistischen Partei angehörigen landwirtschaftlichen Arbeiter überfallen und schwer verletzt.

Das Breslauer Sondergericht verurteilte eine Landarbeiterin zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, einen Arbeiter zu 1 Jahr Gefängnis, einen Arbeiter sowie einen Verkäufer zu 6 Monaten Gefängnis. Die Verurteilungen erfolgten wegen eines Ueberfalles von Angehörigen der SPD. und anderer politischer Gegner auf Nationalsozialisten, bei dem es auf beiden Seiten Verletzte gegeben hatte. Weiter wurde ein Fleischergeselle, der sich an der Plünderung eines Zigarrengeschäftes beteiligt hatte, zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Der Unterausschuß des Finanzausschusses des Völkerbundes, der sich aus Vertretern Frankreichs, Englands, Deutschlands und Italiens zusammensetzt, hat seine Arbeiten beendet. Auf Ersuchen der rumänischen Regierung wird der Unterausschuß nach Bukarest reisen, um bei der Finanzreform beratend mitzuwirken.

Der Londoner „Daily Telegraph“ erfährt, daß die Weltwirtschaftskonferenz erst nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen im November zusammentreten werde.

In vielen spanischen Städten werden nach Teilnahme des letzten Putschs oder Verdächtige verhaftet. Der Oberbefehlshaber der Gendarmerie, General Cabanellas, wurde abgelehnt. Zum Protest gegen den Putsch ist die radikale Arbeiterschaft in Granada in den Streik getreten.

Die Kosten der Arbeitsbeschaffung

Berlin, 16. August. Vor zwei Wochen wurde angekündigt, daß die Mittel für die Arbeitsbeschaffung von rund 150 auf 350, also um 200 Millionen Mark erhöht werden sollen. Die Reichsbank, die die Mittel beschaffen sollte, hat aber erklärt, daß sie nur reichsbankfähige Wechsel diskontieren werde. (Nach § 21 des Bankgesetzes soll sie nur gute Handelswechsel diskontieren.) Es soll auch in Erwägung gezogen worden sein, von der Silberprägung Gebrauch zu machen, wie es unter der Regierung Brüning geschehen ist. Nach dem vom früheren Reichstag beschlossenen Gesetz ist die Reichsregierung ermächtigt, bis zu 30 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, insgesamt also 1950 Millionen Mark Silbermünzen auszugeben. Bis jetzt sind rund 1670 Millionen ausgeprägt, es können also noch 280 Millionen Mark geprägt werden. Das ergäbe nach Abzug der Unkosten für das Reich einen Münzgewinn von über 200 Millionen Mark. Der wirtschaftliche Verkehr, der mit Silber schon übersättigt ist, würde aber die neuen Silbermünzen kaum schlucken. Die Reichsbank hat jetzt schon einen sehr hohen Bestand an Silbermünzen auf Lager — er schwankt zwischen 180 und 250 Millionen —, würde sie die neue Ausprägung auch übernehmen, so würde dies tatsächlich einen mittelbaren Kredit der Reichsbank an das Reich bedeuten. Auf das Mittel der Silberprägung scheint man aber nicht zurückkommen zu wollen. Es werden nun Verhandlungen mit der Reichsbank weitergeführt, um gemeinsam einen Ausweg zu suchen. Man hat auch davon gesprochen, daß die Regierungswechsel durch Zwischenunterschriften bedeutender Industrie- und Handels- bzw. Bankfirmen reichsbankfähig gemacht werden sollen, wie es bekanntlich auch bei den Akzeptantwechseln der Sparkassen geschehen ist. Bis jetzt sind aber noch keine festen Abmachungen getroffen worden.

NSDAP. und die Regierung Papen

Eine Erklärung Hitlers

Essen, 16. August. Im Verlauf einer Unterredung mit einem Vertreter der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ über seine Berliner Botschaft äußerte Adolf Hitler zur Frage seiner Haltung zur Regierung v. Papen u. a.: Er, Hitler, wisse, wie er und seine Bewegung weiterzukämpfen werden. Er trete der Regierung v. Papen, deren Männer er ja überhaupt zum größten Teil nicht kenne, so entgegen, wie er jeder sich national nennenden Regierung bisher entgegengetreten sei. Er unterstütze oder dulde sie so lange,

als er durch ihre Regierungstätigkeit eine Stärkung der nationalen und eine Schwächung der marxistischen Front erkennen könne. Im Augenblick, da durch die Maßnahmen einer Regierung auf der nationalen Seite eine Störung, auf der internationalen Seite eine Belebung eintrete, werde sie von ihm abgelehnt, ganz gleich, wer immer ihre Männer sein mögen.

Auf die Frage, ob er die „schärfste Opposition“ der NSDAP. gegen die Regierung von Papen angekündigt habe, äußerte Hitler, die nationalsozialistische Bewegung trete gegenüber der heutigen Reichsregierung in die Opposition. Die Schärfe dieser Opposition werde bestimmt durch die Größe des Schadens, der durch das Unterbleiben einer Opposition entstehen würde.

Hitler erklärte weiter, er sei nicht von sich aus nach Berlin gefahren, sondern dorthin gerufen worden. Vom Reichskanzler habe er erfahren, daß der Reichspräsident seine (Hitlers) Bedingungen schon von vornherein abgelehnt habe. Der Besuch bei Hindenburg, der an sich zwecklos war, sei nur deshalb zustande gekommen, weil der Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Fric mitgeteilt habe, daß ein Beschluß des Reichspräsidenten noch nicht vorliege. Hitler teilte mit, bis jetzt seien über 300 Nationalsozialisten durch Marxisten getötet und Zehntausende verletzt worden, davon im vorigen Jahr über 6000, in den ersten 7 1/2 Monaten des Jahres 1932 bereits über 8200. Es gebe ein Recht der Notwehr, das wir uns auf die Dauer nicht abschwaften lassen dürfen durch die dumme Phrase von Ruhe und Ordnung. Die nationalsozialistische Bewegung habe legal bis auf das äußerste gekämpft. Das Abschlagen aber nehme bald ein Ende: Er selbst werde sich gezwungen sehen, den Parteigenossen ein Notwehrrecht zu befehlen, das die roten Tscheka-Methoden aber dann wirklich blüßschnell beseitigen werde.

Offener Brief Crispiens und Dittmanns an Dr. Bracht

Berlin, 16. August. In Nr. 33 der Wochenschrift „Friedicus“ veröffentlicht Karl Felsen, der im Weltkrieg als deutscher Kundschafter im französischen Spionagenlager Dienste tat, einen Artikel, in dem er u. a. behauptet, es seien ihm Aktienstücke gezeigt worden, wonach von französischer und amerikanischer Seite 1917 mit viel Geschick auf eine Revolution in Deutschland hingearbeitet wurde. Dazu hätten die Feinde sich deutscher Sozialdemokraten und Pazifisten bedient, die sich ihnen in großer Zahl angeboten hätten. Schon lange vor dem Krieg

